

*22. Sommerakademie
der Deutschen Bundesstiftung Umwelt*

**Umsetzung und Ausblick: Jahr „Eins“ nach Paris
- Klimaschutz im urbanen Raum**

Anja Siegesmund

Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und
Naturschutz

Impulsvortrag

Umsetzung aus Sicht der Bundesländer

St. Marienthal bei Ostritz, 22. Juni 2016, 10 Uhr

*Es gilt das gesprochene
Wort.*

Sehr geehrter Herr Dr. Heinrich Bottermann,
sehr geehrter Herr Dr. Berthold Goeke,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ralf Holzhauer,
sehr geehrter Herr Dr. Jens Liebe,

Botschaften:

1. Weltklimakonferenz kommt in den Ländern an, Thüringen verfolgt ambitionierte Klimaschutz- und Anpassungspolitik
2. Energiewende dezentral, regional, regenerativ gestalten: Klimagesetz, integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie
3. Kommunen brauchen Hilfe bei Umsetzung Energiewende
4. Gutes Klima – das ist unsere gemeinsame Verantwortung

Das **Thema der Sommerakademie** schlägt einen weiten Bogen: Von Paris und dem Weltklima in den urbanen Raum der Länder.

Von Frankreich an die deutsch-polnische Grenze - von der Seine an die Neiße!

Die Auswirkungen des Klimawandels sind nicht nur global spürbar.

Klimawandel ist überall. Kein Phänomen, das weit weg ist.

Nein, der Klimawandel ist im Hier und Jetzt angekommen!

Das spüren vor allem die Kommunen und Landkreise, die von Wetter- und Klimaextremen immer stärker betroffen sind.

Wetter ist nicht gleich Klima.

Aktuelle Beispiele für Wetterextreme der letzten Tage und Wochen sind: Starkregen mit schweren Schäden in Braunsbach bei Schwäbisch Hall, ebenso in Simbach am Inn,

ein Tornado in Hamburg, schwere Schäden nach Starkregen in Ilmenau in Thüringen.

Zur Erinnerung:

Vor sechs Jahren stand hier die Klosterkirche zwei Meter hoch unter Wasser.

Die Schäden waren beseitigt, als Sachsen **2013** erneut von Hochwasser heimgesucht wurde. Auch diese Region.

Schaden: **ca. 2 Milliarden Euro.**

Zum Vergleich: Das aktuelle sächsische Haushaltsvolumen liegt jährlich bei 17 Milliarden Euro.

Und wir haben die Bilder vor Augen von der **verheerenden Jahrhundertflut im August 2002 an der Elbe.**

Innerhalb von fünf Tagen standen große Teile des Freistaats und seine Hauptstadt Dresden meterhoch unter Wasser.

Ein HQ-100-Hochwasser, das es eigentlich nur alle 100 Jahre geben dürfte, gab es in diesem Jahrhundert tatsächlich bereits 3 Mal.

Damit sind wir beim Klimaschutz im urbanen Raum angekommen und bei der „Umsetzung aus Sicht der Bundesländer“. Hier liegen große Potenziale in den Bereichen Verkehr, Wärme und Gebäudeeffizienz.

Zunächst konkret zu ThüringenAufgrund des globalen Klimawandels zeigen sich in Thüringen wie überall in Deutschland messbare klimatische Veränderungen.

In Thüringen ist die Oberflächentemperatur seit Beginn des 20. Jahrhunderts um 1,3 °C auf derzeit durchschnittlich 8,5 °C angestiegen.

Frost- und Eistage nehmen spürbar ab (Absage von Oberhof für den Biathlon-Weltcup in 2016), Bewerbung 2020/21 gefährdet! Extremereignisse nehmen zu (*Hochwasser 2013*).

Thüringen will den Klimawandel mit eigenen Beiträgen reduzieren und die Klimaanpassung aktiv gestalten.

Das geschieht regional und lokal: In verschiedenen Bereichen.

Auch als Gesetzgeber:

1. **Thüringen legt ein Landesprogramm** zum Hochwasserschutz mit **3200 Maßnahmen auf**. Damit verbunden ein Paradigmenwechsel: Wir geben den Flüssen wieder mehr Raum.
2. **Klimagesetz**. Wir erarbeiten ein Klimagesetz, das die hohe Priorität der Klima- und Energiepolitik verdeutlicht.

Und zwar **eine ehrliche Klima- und Energiepolitik ohne** CO₂-Zertifikate, ohne CCS (Speicherung von CO₂ im Boden ist sehr riskant).

Das sorgt für Verbindlichkeit, damit wir unsere Klimaschutz- und Anpassungsziele tatsächlich erreichen.

Außerdem werden wir den Anteil der Erneuerbaren steigern und notwendige Technologien ausbauen, um bis 2040 Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Gleichzeitig wollen wir die **wirtschaftlichen Chancen der Energiewende** nutzen. **Die Energiewende ist das Klimaschutzprogramm schlechthin**. Davon müssen wir auch diejenigen überzeugen, die Windenergie prinzipiell gut finden, nur nicht vor der eigenen Haustür.

Den Kommunen fehlen dazu häufig die finanziellen Mittel und das erforderliche Know-how.

Deshalb wollen wir, auch mit Hilfe des Klimagesetzes, die Kommunen stärken und unterstützen.

Die Kommunen sollen mehr Verantwortung bekommen:

- in der Stadtplanung
- beim Wärmeverbrauch
- beim Erstellen von Wärmeanalysen und –strategien
- bei Maßnahmen zur Reduzierung und klimaschonenden Deckung des Wärmeenergiebedarfs entwickeln.

Bislang erhalten sie dazu Unterstützung vom Land.

Die Thüringer Landesregierung hat mit der Energie- und GreenTech-Agentur einen zentralen Akteur etabliert, der Städten und Gemeinden beratend zur Seite steht.

Die ThEGA bietet fachliche Unterstützung im Bereich des kommunalen Energiemanagements durch:

- energetische Optimierung von Verbrauchsstellen
- Hilfen für das kommunale Energiemanagement
- den Betrieb erneuerbarer Energieanlagen
- die Fixierung lokaler Klimaschutzziele
- und die Umsetzung von Best-Practice-Beispielen.

Erfolg haben wir auch durch die **Qualifizierung von kommunalen Mitarbeitern** zum Energiemanager. Ebenso mit dem Aufbau eines Verbrauchsmonitorings.

Kommunales Energiemanagement hilft, die Verbrauchskosten in Gebäuden um 15 bis 20 % reduzieren.

Bei einer Kommune mit 10.000 Einwohnern entspricht dies etwa 45.000 Euro im Jahr.

Für eine mittelgroße Stadt [z.B. Suhl] lassen sich **bis 2015** Einsparungen in Höhe von **etwa 400.000 Euro** erzielen.

Energiemanagement gehört zu den effizientesten und kostengünstigsten Arten, Energie und CO₂ einzusparen.

Derzeit erarbeitet die ThEGA im Auftrag meines Ministeriums zusammen mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft einen Projektvorschlag.

Ziel ist es, für ländliche Gemeinden ein prozessorientiertes softwaregestütztes Entwicklungs- und Moderationsmodell aufzubauen.

Großes Potenzial für urbanen Klimaschutz haben vor allem **Einsparungen bei Energiekosten.**

Hier steht das Förderprogramm GREEN Invest zur Verfügung für Investitionsmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

Ein Beispiel dafür steht in Thüringen im schönen Weimar, wohin ich Sie gern einlade. Das Neue Museum Weimar nutzt mehrere Bausteine, um die Energieeffizienz im Gebäude zu steigern:

- eine Photovoltaik-Anlage zur Eigenstromerzeugung
- LED-Beleuchtung
- Klimatisierung mit Kaltwasser in der Fußbodenheizung
- Oberlichter mit semitransparenten Solarmodulen

Auch innovative Beleuchtungstechnik bietet die Chance, den Energieverbrauch und die Kosten für die **kommunale Straßenbeleuchtung** drastisch zu senken. Im Durchschnitt geben Kommunen jährlich 10 Euro pro Einwohner für Energiekosten aus, hinzukommen die Lebenszyklus-Kosten von ca. 300 Euro pro Jahr für eine Leuchtstelle mit geringer Effizienz.

Die Modernisierung hat eine Entlastung der angespannten finanziellen Situation in den Kommunen zur Folge.

Ich habe im Dezember 2015 mit dem Präsidenten des Rechnungshofes einen Bericht über die Prüfung der Straßenbeleuchtung in Thüringen vorgestellt.

Ein Ergebnis:

Straßenbeleuchtung macht bis zu 60 Prozent der kommunalen Gesamtenergiekosten aus.

Durch den Einsatz von energieeffizienter LED-Technik können unsere Kommunen den CO₂-Ausstoß um ca. 40.000 Tonnen jährlich reduzieren.

Dabei werden fast 14 Mio. Euro Energiekosten eingespart.

Diese Kosten entstehen für Errichtung, Wartung, Instandsetzung und Entsorgung. In der Straßenbeleuchtung steckt ein hohes technisches Potential zur Reduzierung der

Betriebskosten. **Dies kann, vor allem bei älteren Leuchten, 50 % bis 80 % betragen.**

Seit 2008 fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit mit der **"Kommunalrichtlinie"** Klimaschutz-Projekte in Kommunen.

Hier begleiten Klimaschutz-Manager in den Landkreisen die Umsetzung geeigneter Maßnahmen vor Ort.

Das Ganze wird finanziell unterstützt durch das Deutsche Institut für Urbanistik.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle. [...] Der Klimawandel ist ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernsten sozialen,

wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen.“
(Quelle: Papst Franziskus in seiner Umweltenzyklika
"Laudato si" vom Juni 2015)

Global – das klingt immer so weit weg, als beträfe das nur die
anderen.

Doch mit global sind wir alle gemeint. Wir hier vor Ort. Das
lässt sich auf Europa, Deutschland, Sachsen, Bayern,
Niedersachsen oder Thüringen beziehen. Wir alle haben eine
gemeinsame Verantwortung.

Und es besteht Anlass zur Sorge: Denn 1 Jahr nach Paris
sind wir noch nicht viel weiter gekommen.

Wo stehen wir im Jahr 1 nach Paris tatsächlich?

Eigentlich war klar: Was in Paris beschlossen wurde, muss
sich im EEG wiederfinden.

Notwendig dafür ist der vollständige Verzicht auf fossile
Energieträger bis 2040, so das Leipziger Institut für Energie.

Nur so können wir bis dahin unsere Ziele erreichen und die Versorgung bzw. Umstellung auf Erneuerbare schaffen.

Mit dem aber, was die Bundesregierung plant, würden die Klimaschutzziele von Paris ad acta gelegt.

Dann nämlich, wenn versucht wird, Kohlekraftwerke möglichst lange am Markt zu halten.

Genau das spiegelt sich im Entwurf des EEG wider.

Hermann E. Ott vom Wuppertal Institut für Umwelt, Klima und Energie hat das auf den Punkt gebracht [DLF, Dezember 2015]:

„Das was sich die Bundesregierung vorgenommen hat, wird aller Voraussicht nach verfehlt werden, weil sie nicht bereit ist, das eigentliche Problem anzugehen...“. Er meint damit die Kohlekraftwerke, die fossilen Energieträger.

Zurzeit verzeichnen wir den merkwürdigen Effekt, dass trotz der Tatsache, dass wir jetzt fast 30 Prozent unseres Stroms

aus erneuerbaren Energien beziehen, die Emissionen weiter wachsen.

Die Ursache dafür sieht Ott in den, ich zitiere:

„alten Dreckschleudern, die uralten Kohlekraftwerke, die nicht abgeschaltet werden, sondern im Gegenteil: Die sind ja wieder entmottet worden, weil die Klimapolitik, die europäische Klimapolitik nicht funktioniert und deshalb die Kohle wieder wettbewerbsfähig geworden ist.“

[Ende des Zitats]

Ein weiteres Problem: die Akteursvielfalt leidet und mit ihr die Projekte für Bürgerenergie – dabei ist Thüringen regional, dezentral und bürgernah aufgestellt.

Ein weiterer wichtiger Player sind die Stadtwerke, die mit den anstehenden Veränderungen im Energiesystem wie Dezentralität und Digitalisierung neue Geschäftsfelder vorfinden.

Der aktuelle Ansatz des EEG ist ein Rückschlag für den Klimaschutz und gibt keine Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels.

Die Novelle ist eindeutig ein Zurück hinter die Pariser Klimaschutzvereinbarung.

Gestern war 1. Lesung im Bundestag, am 7. Juli folgt die 2.

Das geht in die falsche Richtung.

Wir brauchen keine Deckelung, sondern einen Ausbau der Erneuerbaren. Nur so lässt sich das Weltklimaabkommen realisieren.

Um das zu schaffen, müssen wir Erfolgsgeschichten erzählen, Geschichten von Machern, die die Energiewende anpacken. Nehmen Sie unsere Thüringer Energiegewinner: Familie Jobst aus Großobringen mit ihrem Passivhaus, die

Firma Hainich Konserven, die über das Förderprogramm „Green Invest“ ihre Energieeffizienz optimiert hat, die Stadt Werther, die durch E-Mobilität ihre Kosten für den Fuhrpark senkt und so Kita-Gebühren stabil halten kann. Diese Erfolge können Menschen mitnehmen und zur Umsetzung eigener Maßnahmen motivieren. Dafür müssen Politiker Anreize schaffen.

Die aktuelle Studie zum Naturbewusstsein zeigt die Zustimmung zur Energiewende: 61 Prozent der Befragten halten sie für richtig.

Für die Kommunen selbst ist es wichtig, über ihre Klimaschutzaktivitäten zu informieren. Das schafft Akzeptanz und Rückhalt.

Bürger werden selbst aktiv. Das muss nicht immer mit großem finanziellem Aufwand verbunden sein.

Auch kleine Maßnahmen machen in der Summe viel aus. Ob bei der energieeffizienten Gebäudesanierung oder der E-Mobilität.

Reden wir auch über Erfolge, mehr als über Baustellen.

Kommunizieren wir das Machbare. Die Länder setzen das ihnen Machbare um. Den Rahmen für einen wirksamen Klimaschutz jedoch muss der Bund setzen.

Fordern wir ein, was es dafür vom Bund an Unterstützung braucht.

Wir sollten gemeinsam darauf achten, dass, wenn es um Umweltschutz und Klimawandel geht, nicht die politische Selbstgefälligkeit einzieht.

Und um die Klimaziele, zu denen wir uns vertraglich verpflichtet haben, zu erreichen, brauchen wir den Ausbau der Erneuerbaren, um so die fossilen Energieträger zu ersetzen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Darüber sollten wir hier gemeinsam ernsthaft diskutieren.

Vielen Dank.
